



Schulsozialarbeit muss bleiben.

Seite 4



Ursula Schulz: Nicaragua hat mein Leben verändert.

Seite 3

■ Seite 2

Gesucht:
Beigeordnete/r für Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government.

■ Seite 4

Unterzeichnet:
Kooperationsvereinbarung „Gemeinsam nachhaltig handeln für Wuppertal“.

■ Seite 5

Gefordert:
Sperrklausel auf kommunaler Ebene.

■ Seite 5

Gezeichnet:
Der Wuppertaler Cartoonist André Poloczek zur 'Sperrklausel'.

■ Seite 6

Auf ein Wort:
Klaus Jürgen Reese zur 4. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans.

■ Gefällt mir!

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal jetzt bei Facebook!



Umbau des Döppersbergs geht voran!

Die Busrampe und auch der Flachdachvorbau des Hauptbahnhofes am Döppersberg wurden bereits abgerissen. Mit dem Bau des Parkdecks am Bahnhof konnte begonnen werden. Der Fußgängertunnel – auch manchmal ‚neonbeleuchtete Harnröhre‘ genannt - wird nur noch bis Ende Dezember dieses Jahres begehbar sein. Die Straße vor dem InterCity Hotel wurde abgesenkt und direkt auf die Kreuzung Brausenwerth geführt. So wurde Raum für den neuen Platz vor dem Hauptbahnhof geschaffen. Für die Absenkung wurde eine Stützmauer mittels einer Pfahlgründung gebaut.

Aktuelle Informationen

Auf der von der Stadt Wuppertal gepflegten Internetseite www.wuppertal.de oder auf der Seite www.doepfersberg.info kann man sich jederzeit umfassend über den aktuellen Stand informieren. Bildergalerien und auch die Webcams zeigen die Fortschritte der Bauarbeiten und verdeutlichen das Ausmaß des Großbaustel-

lenprojektes mitten in Elberfeld.

Sperrung der B7: Chaos blieb aus

Es ist für die Wuppertaler Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner eine Operation am offenen Herzen. Die Hauptverkehrsader am Döppersberg wurde im Rahmen der Umbauarbeiten des Döppersbergs für voraussichtlich drei Jahre gesperrt. Volker Dittgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt dazu: „Mit oder ohne Sperrung der B7 bringen die Bauarbeiten am Döppersberg erhebliche Auswirkungen und Behinderungen für die Verkehrsströme mit sich. Nach intensiven Be-

ratungen sind wir zu der Auffassung gekommen, dass die Sperrung der B7 das kleinere Übel ist.“

Die Sperrung verlangt den Wuppertalerinnen und den Wuppertalern einiges ab: gezielte Streckenplanung, Ortskenntnis und ein großes Maß an Geduld.

Das Konzept zur Erreichbarkeit der Innenstadt wurde an manchen Stellen – auch aufgrund von Anregungen aus der Bevölkerung – nachjustiert. So zum Beispiel gibt es jetzt auf der Höhe der Tankstelle des gesperrten Teilstücks der B7 eine Wendemöglichkeit, um rechts in die Obergrünwalder Straße einzubie-



Baustelle Döppersberg.
Bildquelle: Stadt Wuppertal.

Döppersberg (Fortsetzung v. Seite 1)



gen. Hierdurch wird die Erreichbarkeit des Verkehrs im Luisenviertel erheblich erleichtert und der Robert-Daum-Platz etwas entlastet.

Kleine Nachbesserungen

Klaus Jürgen Reese, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, zeigt sich zuver-

sichtlich: „Bis jetzt scheint es, dass die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer besser als gedacht mit der Situation am Döppersberg zurechtkommen. Auch wenn noch hier und da sicherlich ein paar Nachbesserungen bei den Umleitungen vorgenommen werden müssen, gestaltet sich die Umsetzung des Erreichbarkeitskonzeptes positiv. Ich bin zuversichtlich, dass die Geduld belohnt wird. Der neue Döppersberg wird eine große Bereicherung für unsere Stadt.“

Mehr Gelder für Wuppertaler KiTas

Gute Nachricht aus Düsseldorf: Wuppertal erhält aufgrund der durch die Landesregierung verabschiedeten zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes insgesamt zusätzlich 2,5 Millionen Euro mehr pro Jahr für die frühkindliche Bildung.

Renate Warnecke, stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzende, lobt die Verwaltung: „Sie hat zügig gearbeitet und - wie von uns gefordert - ein Konzept vorgelegt und Planungssicherheit geschaffen.“

Kriterien festgelegt

Aufgrund der ausgearbeiteten Kriterien werden 51 Kindertageseinrichtungen zu ‚plus-KiTa‘. 71 Kindertagesstätten (KiTas) bekommen zudem mehr Mittel für den zusätzlichen Sprachförderbedarf. Wir können jetzt unsere Kinder mit besonderem Förderbedarf noch besser unterstützen und sie für ihre Zukunft stark machen.“



Gesucht wird: Beigeordnete/r für Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government

Das komplexe Thema Bürgerbeteiligung hat für die Kooperationsfraktionen eine große Bedeutung. Haben wir doch bei der Erarbeitung des Haushaltes und des Leitprojekts Wuppertal 2025 festgestellt, dass es offensichtlich ein Lernprozess für alle Beteiligten darstellt, wie man am effektivsten die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen teilhaben lassen kann. Kurz gesagt: In diesem Bereich ist noch jede Menge Luft nach oben.

Bürgerbeteiligung für alle

Sicherlich gibt es schon jetzt Bereiche, in denen sich Bürgerbeteiligung relativ leicht und sinnvoll umsetzen lässt. So sehen

wir z.B. die Nahverkehrsplanung als ein Gebiet, das man mit Hilfe eines beteiligungsorientierten Prozesses sehr gut vorantreiben kann. Allein das macht noch kein transparentes Verwaltungshandeln aus. Vielmehr gilt es nun, das Thema Bürgerbeteiligung quasi als festes Werkzeug im Verwaltungswesen zu verankern. Das möchten wir mit der Festlegung dieses Aufgabengebietes auf Dezentrenebene erreichen.

Querschnittsaufgabe

Durch das Begreifen von Bürgerbeteiligung als eine Querschnittsaufgabe in der Verwaltung wird diesem Thema deutlich mehr Gewicht verliehen.

Bürgerbeteiligung geht uns alle an und darf nicht länger auf einzelne Organisationsstrukturen beschränkt sein.

Transparenz

Die Einbeziehung von Bürgerbeteiligung in politische Entscheidungsprozesse setzt verbesserte Transparenz und Information voraus und erfordert zugleich einen Umdenkungsprozess innerhalb der Verwaltung. Stärker als bisher ist diese und die Politik dazu aufgefordert, die Leistungen der Stadt nach außen hin darzustellen, deutlich zu kommunizieren und transparent zu gestalten. Die Frage, in welcher Form es in welchem Bereich des Verwal-

tungshandelns am sinnvollsten ist, bleibt letztlich einer der Schwerpunkte.

Aufgabengebiete

Weitere Gebiete des 5. Dezernates umfassen die Betreuung des Rechtsamtes, des Bürgeramts, das städtische Beteiligungsmanagement, die Organisationseinheit Statistik und Wahlen, das Straßenverkehrsamt sowie das E-Government. In der September-Ratssitzung haben SPD und CDU mit der gemeinsamen Drucksache die Verwaltung nun mit der Neuordnung der Geschäftskreise der Beigeordneten sowie der Ausschreibung einer Beigeordneten-Stelle beauftragt.

“Nicaragua hat mein Leben verändert” Ein Portrait der Bürgermeisterin Ursula Schulz



Bürgermeisterin
Ursula Schulz.

rat aktuell:
Anlässlich Ihres zehnjährigen Dienstjubiläums als Bürgermeisterin hat Oberbürgermeister Jung in seiner Rede Ihre einstige Mitarbeit beim BRAVO Dr. Sommer besonders hervorgehoben. Wenn man bedenkt, dass Sie immerhin einige Jahre Honorarkonsulin von Nicaragua waren, erscheint das doch etwas profan, oder?

Ursula Schulz:
Ja, naja, das sind olle Kamellen, aber auch ein Teil meines Lebens. Die Sache mit dem Dr. Sommer-Team fand der OB offensichtlich besonders beeindruckend. Ich habe ihn dann in meiner Rede darauf hingewiesen, dass ich ihn vermutlich aufgeklärt habe. Aber um auf Nicaragua zurückzukommen, das hat mich schon nachhaltig geprägt. Ein Großteil meines Lebens wäre auch völlig anders gelaufen, wenn ich Nicaragua und seine Men-

schen nicht kennengelernt hätte.

rat aktuell:
Was genau hat Sie dabei so bewegt?

Ursula Schulz:
Das war einfach eine wahnsinnig aufregende Zeit, eine Zeit des Auf- und des Umbruchs, und ich war mittendrin.

1968 war ich das erste Mal in Nicaragua, und bereits nach meiner ersten Begegnung mit Ernesto Cardenal erkannte man mich überall auf der Straße. Das war unglaublich. Ein Zeitungsartikel mit großem



Malerei aus Nicaragua.

Foto in der nicaraguansichen Tageszeitung „La Prensa“ hatte ausgereicht, um im ganzen Land bekannt zu werden.

Von da an war ich viele Male in Nicaragua und habe jede Menge großartige Menschen kennengelernt und Dinge erlebt. Ernesto hat die Indios alphabetisiert, sie motiviert, sich politisch mit ihrer Situation auseinander zu setzen und sogar ermun-

tert, sich künstlerisch zu entfalten. Einige der Bilder dieser naiven Malerei hängen noch heute in meinem Haus.

rat aktuell:
Die Revolution in letzter Konsequenz war doch sicherlich auch eine sehr schmerzhaft Erfahrung für Sie, oder?

Ursula Schulz:
Auf jeden Fall. Immer wieder erreichten mich Nachrichten, dass die- oder derjenige im Kampf gefallen sei. Viele der politisch aktiven „Nicas“, die ins Exil mussten, haben auch zeitweise bei mir gewohnt, bei mir auf dem Boden geschlafen. Es war eine unglaublich intensive Zeit, auch für meine drei Kinder. Vor allem aber hat diese Phase meine Sichtweise auf Entwicklungspolitik sehr verändert und den Begriff ‚Leben im Exil‘ mit reichlich Inhalt gefüllt.

rat aktuell:
In Ihrer Freizeit malen Sie sehr gerne. Haben Sie diese Phase Ihres Lebens auch künstlerisch verarbeitet?

Ursula Schulz:
Nicht mit der Malerei, aber durchs Schreiben. Außerdem habe ich in meiner Zeit als Honorarkonsulin unzählige Vorträge über Nicaragua gehalten.

Aber Malen und Kunst an sich sind mir nach wie vor sehr wichtig.

rat aktuell:
„Mein Herz schlägt für die Kultur“ war auch Ihr Leitmotiv in der letzten Kommunalwahlkampagne, bei der Sie sehr souverän Ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben. Wenn Sie die letzten turbulenten Jahre in Sachen Kulturpolitik in Wuppertal Revue passieren lassen, was fällt Ihnen da spontan ein?

Ursula Schulz:
Ich hoffe inständig, dass wir mit dem Projekt Tanzzentrum Pina Bausch eine echte Perspektive für das ehemalige Schauspielhaus bekommen. Vor allem aber wünsche ich mir, dass die neue kleine Spielstätte ‚Theater am Engelsgarten‘ von den Zuschauerinnen und Zuschauern gut angenommen wird. Theater macht am meisten Freude vor vollen Rängen, das gilt für die Besucherinnen und Besucher wie für das Ensemble gleichermaßen.



Malerei aus Nicaragua.

„Schulsozialarbeit muss bleiben“ - und zwar dauerhaft -

Dieser Forderung des Aktionsbündnisses Schulsozialarbeit können wir uns uneingeschränkt anschließen.

Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung, erklärt: „Ich möchte nicht mehr erläutern, warum oder gar ob die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wichtig für die Schülerinnen und Schüler ist. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel mehr und letztlich wurde dies auch durch die Abschlusseva-



Demo für Schulsozialarbeit

uation von Frau Prof. Dr. Oelerich wissenschaftlich untermauert. Schulsozialarbeit wird von keiner der demokratischen Parteien im Stadtrat in Frage gestellt. Das Gegenteil ist der Fall, und ich kann nur noch einmal unterstreichen, dass das im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes (BuT) 2010 vom Bund eingeführte Projekt eine Erfolgsgeschichte ist.

Frage der Finanzierung

In der Frage der Finanzierung kann man dies allerdings nicht behaupten. Auch zum Ende des Jahres 2014 bleibt die Frage nach der dauerhaften Finanzierung weiterhin ungeklärt. Und das, obwohl die Stadt im vergangenen Jahr Zusagen erhalten hatte, dass es sich bei der jetzigen Lösung nur um eine Zwischenfinanzierung handelt und eine bal-

dige Anschlusslösung sichergestellt würde.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen hat Wuppertal das Problem, diese freiwillige Leistung im Haushalt nicht darstellen zu können. Selbst wenn die Stadt z.B. die Grundsteuer anheben würde, um mit den Mehreinnahmen die Schulsozialarbeit gegenfinanzieren zu wollen, würde die Kommunalaufsicht einen solchen Haushaltsplan nicht genehmigen. Auch eine Ausweitung der Kreditfinanzierung wäre in diesem Fall nicht genehmigungsfähig, da Schulsozialarbeit keine pflichtige Aufgabe ist.

Genau deshalb sehen wir für Kommunen mit Haushaltssanierungsplan (HSP) bislang keinerlei Darstellungsspielraum. Die Kommunen, die wie Köln signalisiert haben, Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln vorerst weiter zu

finanzieren, unterliegen eben nicht den Auflagen, der wir als HSP-Kommune im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen unterworfen sind.

Gesetzlich verankern

Um diese Ungleichbehandlung aus der Welt zu schaffen, muss Schulsozialarbeit als pflichtiger Bestandteil anerkannt und gesetzlich verankert werden.“

■ Schulsozialarbeit

Soziale Betreuung in Schulen wurde in den vergangenen drei Jahren durch Geld vom Bund gesichert. Dies geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2010 zurück. Die Richter kamen zu dem Schluss, dass das deutsche Sozialgesetz für Kinder und Jugendliche aus armen Familien nicht genug finanzielle Unterstützung biete, um ihnen „ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen“. Die Bundesregierung hat daraufhin das Bildungs- und Teilhabepaket beschlossen, zu dem die Förderung der Schulsozialarbeit gehörte - allerdings nur bis 2013. Für 2014 hat Wuppertal aus dem Haushalt die Schulsozialarbeit finanziert.

„Gemeinsam nachhaltig handeln für Wuppertal“ Kooperationsvereinbarung unterzeichnet

Am 22. August haben die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU ihr Handlungskonzept für die Wahlperiode 2014-2020 unterzeichnet.

„Die gemeinsamen Arbeitsgespräche waren geprägt von gegenseitiger Wertschätzung und Vertrauen, eine gute Gesprächsgrundlage, um intensiv und konstruktiv dieses Kooperationspapier zu erarbeiten. In Arbeits-

gesprächen wurden die Schwerpunktthemen erarbeitet und sehr deutliche sozialdemokratische Akzente gesetzt.

Haushaltskonsolidierung

„Das Handlungskonzept ist ein gutes Ergebnis“, so Dietmar Bell, SPD-Unterbezirksvorsitzender.

„Der erfolgreich eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung muss oberstes Gebot bleiben. Doch gerade dadurch,

dass Wuppertal in der Finanzpolitik wieder eigene Spielräume erreichen konnte, verfügen wir wieder über entsprechende Handlungsoptionen.

Der Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige und der Ausbau von Offenen Ganztagschulen steht mit anderen Punkten ganz oben auf unserer Agenda“, führt der Fraktionsvorsitzende Klaus Jürgen Reese weiter aus.

Gefordert: Sperrklausel auf kommunaler Ebene

Seit der Verwerfung der Fünf-Prozent-Hürde im Jahr 1999 durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof sind die kommunalen Vertretungen im Land zunehmend zersplittert.

Zersplitterung

Ein Blick auf die kreisfreien Städte belegt: In 22 von 27 Räten wurden 86 Mandatsträger in 43 Zweier-Gruppen und in 22 Räten 64 Einzelmandatsträger gewählt, insgesamt also 150 Mandatsträger, die allein oder mit ihrer Zweier-Gruppe keine Fraktion bilden können.

Ebenso in den Kreisen: So wurden in 28 von 30 Kreistagen und der Städteregion Aachen 112 Mandatsträger in 56 Zweier-Grup-

pen und in 23 Kreistagen 39 Einzelmandatsträger gewählt. In 14 Räten kreisfreier Städte sind auf diese Weise zehn und mehr Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger hineingewählt worden, in drei Kreistagen zehn.

Auch in Wuppertal sind mittlerweile neben sechs Fraktionen mehrere Einzelbewerber vertreten.

Arbeitsfähigkeit leidet

Die Arbeitsfähigkeit der Kommunalparlamente wird durch diese Vielzahl von Kleinstparteien und Einzelbewerbern sehr beeinträchtigt. Wenn, wie in Duisburg geschehen, eine Ratskonstituierung über 14 Stunden dauert, besteht seitens des Gesetz-

gebers Handlungsbedarf. Vorbild für eine solche Reform in NRW dürfte Berlin sein. Dort ist die Drei-Prozent-Hürde bei Bezirksparlamentswahlen nicht nur im Landeswahlgesetz sondern auch in der Verfassung verankert.

Wahlgleichheit gefährdet

Aber nicht nur Meinungsbildungsprozesse werden in derart aufgeblasenen Gremien deutlich erschwert. Auch die Wahlgleichheit ist gefährdet. Für einen Sitz im Rat der Stadt Wuppertal brauchte die SPD 1.899 Stimmen, wohingegen das Mandat eines Einzelbewerbers bereits für 969 Wählerstimmen zu haben war.

Appell ans Land

Aus diesem Grund haben wir mit unserem Kooperationspartner einen Appell an den Landesgesetzgeber formuliert, in der wir die Landtagsfraktion auffordern, eine moderate Drei-Prozent-Sperrklausel für die nächsten Kommunalwahlen auf den Weg zu bringen.

Aufnahme in Verfassung

Zur Erhöhung der Bestandssicherheit dieser neuen Sperrklausel ist diese so früh wie möglich in die Verfassung aufzunehmen, damit ausreichend Zeit für etwaige Klageverfahren und genug Vorlauf bis 2020 bleibt, um sich als Partei bzw. Wählergruppe auf diese Änderung vorzubereiten.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wie bei vielem im Leben gilt auch für die Politik oft die griechische Weisheit: „nichts ist so konstant wie der Wandel.“

So ist auch die Finanzlage unserer Stadt ständig Veränderungen unterworfen und von einem Auf und Ab geprägt. Dies wurde zuletzt durch die im Rat eingebrachte vierte Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes (HSP) deutlich.

Wesentliche Verschlechterungen sind aufgrund eines generellen leichten Rückgangs der Gewerbesteuererinnahmen, im Besonderen durch den Wegfall von ca. 24 Millionen Euro über zwei Jahre eines

großen Gewerbesteuerzahlers, sowie bedingt durch Mehraufwendungen im Bereich von Zuwanderungen und im Bereich von Hilfen zur Erziehung, als auch durch höhere Personal- und Tagespflegekosten eingetreten.

Es gab aber auch Verbesserungen zum Beispiel im Rahmen des Gemeindeanteils bei der Einkommenssteuer, durch Reduzierung der Zinsaufwendungen und bei mehr Erstattungen durch das Land. Auch bin ich froh, dass bereits dank des Stärkungspakts – wie von uns gefordert - die ersten Raten aus Düsseldorf an Wuppertal überwiesen

wurden. Dennoch weist unsere Stadt zurzeit noch einen Fehlbetrag von insgesamt 63,6 Millionen Euro auf.

Mit der Fortschreibung des HSPs wird all dies Veränderungen Rechnung getragen. Daher hoffe ich, dass der HSP noch in diesem Jahr vom Rat verabschiedet wird. Die Beratungen hierzu werden in den kommenden Tagen in den Gremien erfolgen.

Ich bin zuversichtlich, dass uns bereits ab 2017 - unter strenger Einhaltung der Haushaltsdisziplin - der Ausgleich gelingen kann und Wuppertal wieder mehr Handlungsspielraum- und freiheit erhält.



Klaus Jürgen Reese.

Herzlichst Ihr

Klaus Jürgen Reese
Fraktionsvorsitzender

Erstellung des Entwicklungsplans für Kleingärten: Die SPD-Ratsfraktion fragt nach:



Bereits im Jahr 2011 hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur ‚Erstellung eines aktuellen Entwicklungsplanes für Kleingärten‘ dem Ausschuss für Umwelt vorgelegt.

Einbeziehung der Kleingärtner

Die Verwaltung wurde im Ausschuss für Umwelt

gebeten, einen Entwicklungsplan für Kleingärten unter der Federführung des Ressorts Grünflächen und Forsten unter enger Einbeziehung des Kreisverbandes der Kleingärtner e.V. Wuppertals und dessen Mitglieder zu erstellen.

Daher hakt nun Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, nach: „Die Rahmenbedingungen für die Kleingärten haben sich in den letzten Jahren in Wuppertal erheblich geändert: Zum Beispiel müs-

sen die Folgen des demografischen Wandels berücksichtigt werden, das veränderte Umweltbewusstsein spielt eine größere Rolle, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist wichtiger geworden sowie die rückläufige Nachfrage beeinflusst die Entwicklung der Kleingärten sehr.

Letzter Plan 31 Jahre alt

Der letzte gültige Entwicklungsplan stammt noch aus dem Jahr 1983. Seit unserem Antrag im Ausschuss für Umwelt sind jetzt drei Jahre ver-

gangen, daher möchten wir in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 28. Oktober von der Verwaltung wissen, wie weit der angekündigte Entwicklungsplan fortgeschritten ist.“

Diskutiert werden kann dies auf dem nächsten Jahrestreffen der SPD-Fraktion mit den Kleingärtner/-innen:

11.11.2014, 18.30-20.00 Uhr, Kleingartenverein Lohmannsfeld, Insterburger St. 6, 42277 Wuppertal, um Anmeldung wird gebeten.